

EVA-MARIA ISABELL EHEMANN

Umweltgerechtigkeit

*Recht der
Nachhaltigen Entwicklung*
23

Mohr Siebeck

Recht der Nachhaltigen Entwicklung

herausgegeben von
Wolfgang Kahl

23



Eva-Maria Isabell Ehemann

Umweltgerechtigkeit

Ein Leitkonzept sozio-ökologisch gerechter
Entscheidungsfindung

Mohr Siebeck

Eva-Maria Isabell Ehemann, geboren 1989; Studium der Rechtswissenschaft an der Ludwig-Maximilians-Universität München und der Universidad de Barcelona; 2015 Erstes Juristisches Staatsexamen; seit 2015 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Verwaltungswissenschaften der LMU München; 2018 Promotion; seit 2018 Rechtsreferendarin im OLG-Bezirk München.

Gedruckt mit Unterstützung des Förderungsfonds Wissenschaft der VG WORT.

ISBN 978-3-16-157741-3 / eISBN 978-3-16-157742-0

DOI 10.1628/978-3-16-157742-0

ISSN 1862-0426 / eISSN 2569-4227 (Recht der Nachhaltigen Entwicklung)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2020 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohrsiebeck.com

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde Druck in Tübingen aus der Times gesetzt und auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt. Es wurde von der Buchbinderei Spinner in Ottersweier gebunden.

Printed in Germany.

Meinen Eltern

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Sommersemester 2018 von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Ludwig-Maximilians Universität München als Dissertation angenommen. Literatur und Rechtsprechung konnten bis zum Sommer 2018 umfassend, bis Frühjahr 2019 punktuell berücksichtigt werden.

Mein besonderer Dank gilt meinem verehrten Doktorvater, akademischen Lehrer und langjährigen Unterstützer *Herrn Prof. Dr. Jens Kersten* – dafür, dass er mir von Beginn an einen Platz an seinem Lehrstuhl gegeben, diese Arbeit gefördert und mich mit Vertrauen und außerordentlichem Freiraum ausgestattet hat. *Herrn Prof. Dr. Martin Burgi* danke ich ganz herzlich ich für die rasche Erstellung des Zweitgutachtens. Bei *Herrn Prof. Dr. Wolfgang Kahl* bedanke ich mich für die Aufnahme in die Reihe „Recht der nachhaltigen Entwicklung“.

Es würde den Rahmen eines Vorworts sprengen, alle Personen zu nennen, die mich in den vergangenen Jahren begleitet und beeinflusst haben. Bei meinen Freunden und ehemaligen Kollegen am Institut für Öffentliches Recht bedanke ich mich für das Umfeld, an dem ich in den vergangenen Jahren teilhaben durfte. Insbesondere *Herr Prof. Dr. Albert Ingold*, *Frau Dr. Laura Münkler* und *Herr Dr. Daniel Fröhlich* haben diese Arbeit durch stetes Ermutigen zum kritischen Denken und freundschaftliche Unterstützung beeinflusst. Bei *Frau Sandra Fritsch-Drlje* und *Frau Franziska Hobaimer* bedanke ich mich für die Hilfe bei der Korrektur und den außerordentlichen zwischenmenschlichen Beistand. Besonderer Dank gebührt *Herrn Valentin L. Grießer*, ohne dessen Zuspruch und immerwährende Hilfe diese Arbeit nie das geworden wäre, was sie heute ist.

Vor allem aber gilt mein Dank meinen *Eltern*, die stets an mich geglaubt und dazu ermutigt haben, meinen Weg zu gehen. Ihrer Unterstützung konnte ich mir immer sicher sein – ihnen sei diese Arbeit gewidmet.

München, den 23.4.2019

Eva-Maria Isabell Ehemann

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Kapitel 1: Einleitung	1
<i>A. Gegenstand der Untersuchung</i>	1
<i>B. Gang der Untersuchung</i>	2
Kapitel 2: Umwelt und Gerechtigkeit – eine begriffliche Annäherung	5
<i>A. Konzeptionelle Grundlegungen von Umweltgerechtigkeit</i>	5
I. Umwelt und Gesellschaft: Ursprünge des Umweltgerechtigkeitsgedankens	6
II. Entwicklung der US-amerikanischen Umweltgerechtigkeitsbewegung	10
1. Ausgangspunkte einer Bewegung	10
2. Akademisierung des Diskurses	12
3. Die Grundlagendebatte: Race vs. Class	13
4. Institutionalisierung der Environmental Justice-Bewegung	16
5. Rechtliche Verankerung von Umweltgerechtigkeit in den Vereinigten Staaten	17
III. Globalisierung des Umweltgerechtigkeitsgedankens	20
1. Umweltgerechtigkeit als globaler Ansatz	21
2. Übertragbarkeit von Umweltgerechtigkeit auf europäische Zustände	22
IV. Umweltgerechtigkeit in Deutschland	25
1. Die Datenlage zu sozio-ökologischen Disparitäten in Deutschland	27
2. Maßnahmen zur Bekämpfung umweltungerechter Zustände	30
<i>B. Übertragbarkeit auf den deutschen Gesellschafts- und Rechtsraum</i>	31

C. *Philosophische Annäherung an die Begriffe*

<i>Umwelt und Gerechtigkeit</i>	35
I. Die Entwicklung des US-amerikanischen Begriffes von Environmental Justice	36
II. Bezüge eines deutschen Umweltgerechtigkeitsverständnisses	39
III. Gerechtigkeitsverständnis des Umweltgerechtigkeitskonzepts	40
1. Wieso Gerechtigkeit?	41
a) Minimale Gerechtigkeitskonzeption des Positivismus	41
b) Gerechtigkeit als adäquate Komplexität konsistenten Entscheidens	43
2. Gleichheit und Gerechtigkeit	49
3. Umweltgerechtigkeit als Verteilungsgerechtigkeit	52
a) Ursprünge der Verteilungsgerechtigkeit	54
b) Utilitarismus als Gegenspieler individualistischer Gerechtigkeitstheorien	57
c) Das Wiederaufleben der „vergessenen Gerechtigkeit“	62
d) Rawls Theorie der Gerechtigkeit	64
e) Walzers Kommunitarismus: Die Sphären der Gerechtigkeit	70
4. Umweltgerechtigkeit als Verfahrensgerechtigkeit	76
5. Umweltgerechtigkeit als Anerkennung	81
a) Partizipatorische Parität	82
b) Befähigungen und Capabilities	85
6. Welche Gerechtigkeit?	86
a) Die Gerechtigkeit der Environmental Justice	87
b) Pluralistische Gerechtigkeit in sozio-ökologischen Kontexten	88
IV. Umweltbegriff des Umweltgerechtigkeitskonzepts	90
1. Umwelt als Bezugsbegriff	90
a) Umwelt als soziologische Kategorie	91
b) Die soziologische Erfassung von Umwelt als Risikofaktor	93
2. Stadtsoziologie: Recht auf Stadt und Umweltgerechtigkeit	95
a) Chicagoer Schule und New Urban Sociology	95
b) New Environmental Paradigm	96
c) Recht auf Stadt als Aneignungsanspruch auf öffentlichen Raum	97
3. Gerechtigkeit in komplexen Umwelträumen	100

<i>D. Ansätze einer deutschen Umweltgerechtigkeitsdimension</i>	102
I. Sozio-ökologische Disparitäten als Auslöser staatlicher Handlungspflichten	102
II. Umwelt als Verteilungsobjekt	105
1. Tragödie der Allmende	105
2. Staatliche Handlungssphären bei der Verteilung von Umweltgütern und -lasten	108
III. „Einfallstore“ juristischer Gerechtigkeit	110

**Kapitel 3: Umweltgerechtigkeit als Leitlinie im internationalen
und europäischen Recht 113**

<i>A. Umweltgerechtigkeit auf internationaler Ebene</i>	113
I. Die Entwicklung des Umweltvölkerrechts	114
1. UNO-Weltkonferenz über die menschliche Umwelt	114
2. Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung	116
3. Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung	117
4. Ein Schritt zurück nach Rio – ein Schritt voran in Paris?	120
5. Bewertung im Hinblick auf Umweltgerechtigkeit	121
II. Umweltgerechtigkeit zwischen Umwelt- und Menschenrechten	122
1. Gerechtigkeit und Menschenrechte	124
2. Umweltgerechtigkeit und internationaler Menschenrechtsschutz	128
a) Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte	128
b) Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte	132
c) Draft Declaration of Principles on Human Rights and the Environment	133
d) Umweltgerechtigkeit im internationalen Menschenrechtsschutz	133
III. Der Habitat-Prozess: Programm der Vereinten Nationen für menschliche Siedlungen	134
IV. Sustainable Development Goals	139
V. Umweltgerechtigkeit im Völkerrecht	140
<i>B. Umweltgerechtigkeit auf europäischer Ebene</i>	142
I. Recht der Europäischen Union	142
1. Umwelt- und Gesundheitspolitik der Union	142

a)	Umwelt in den Zielbestimmungen	144
b)	Querschnittsklausel Art. 11 AEUV	144
c)	Umweltgerechtigkeit im Handlungsrahmen der Union	146
aa)	Unionsziel und Kompetenztitel Umweltschutz	146
bb)	Gesundheitspolitische Querschnittsklausel	148
d)	Umweltgerechtigkeit in europarechtlichen Prinzipien	150
aa)	Vorbeuge- und Vorsorgeprinzip	150
bb)	Nachhaltigkeitsprinzip	152
e)	Umweltbezogene Regelungen des Unionsrechts	154
2.	Die Ökologisierung des europäischen Grundrechtsschutzes	154
a)	Europäische Menschenrechtskonvention	155
aa)	Materiell-rechtliche Rechtspositionen	155
bb)	Prozedurale Rechtspositionen	158
b)	Grundrechtecharta	160
c)	Umweltgerechtigkeitsrelevante Aspekte der europäischen Grundrechte	161
3.	Umweltaktionsprogramme	162
a)	Bisherige Umweltaktionsprogramme	163
b)	Das Siebte Umweltaktionsprogramm	166
4.	Europäische Stadtentwicklung	168
a)	Erste Ansätze europäischer Stadtentwicklungsstrategien	168
b)	Ausarbeitung einer integrativen Stadtentwicklungsstrategie	172
c)	Auf dem Weg zu einer europäischen Städteagenda	174
II.	Selbstkoordinierung der Mitgliedsstaaten	179
1.	Umwelt- und Gesundheitspolitik	179
2.	Stadtentwicklungspolitik	182
a)	Entwicklung einer mitgliedsstaatlichen Kooperation zur Stadtentwicklung	183
b)	Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt	184
III.	Aarhus-Konvention	187
1.	Entstehung	187
2.	Die Regelungsstruktur der Aarhus-Konvention	189
3.	Umsetzung	191
4.	Zielrichtung des Beteiligungskonzepts	193
5.	Würdigung mit Blick auf Umweltgerechtigkeit	195
IV.	Umweltgerechtigkeit im Europarecht	197

Kapitel 4: Umweltgerechtigkeitsbezogene Ausprägungen im deutschen Recht	201
<i>A. Umwelt als Rechtsbegriff</i>	202
I. Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen als verfassungsrechtlicher Ausgangspunkt	202
II. Das einfachrechtliche Umweltverständnis	203
III. Umwelt – ein Rechtsbegriff?	207
<i>B. Verfassungsrechtliche Grundlagen</i>	210
I. Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen	210
II. Sozialstaatsprinzip	213
III. Das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit	216
1. Abwehrrechtliche Dimension	217
2. Schutzdimension	219
IV. Die gleichheitsrechtliche Dimension von Umweltgerechtigkeit	223
1. Mögliche Ungleichbehandlungen im Kontext urbaner Planung	225
2. Umweltgerechte Konstellationen als Ausprägungen faktischer Ungleichheit	229
3. Rechtfertigungsansätze	231
V. Umweltgerechte Zustände als Grundrechtsvoraussetzungen	234
<i>C. Einfachrechtliche Gewährleistungsgehalte und Regelungsstrukturen</i>	241
I. Strukturelle Ausrichtung planungsrechtlicher Normen	242
1. Abwägungsvorgang	244
2. Steuerung der Abwägung	245
3. Der Abwägungsprozess als Ausgangspunkt sozio-ökologischer Zielvorgaben	248
II. Umweltprüfungen als Mittel zur Erfassung von umweltgerechten Zuständen	250
1. Ablauf und Inhalt von Umweltprüfungen	250
2. Ansätze für die Integration umweltgerechtigkeits- bezogener Gesichtspunkte	254
a) Das Schutzgut Mensch	255
b) Gesundheitsfolgenabschätzung	257
c) Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung	261
3. Umweltgerechtigkeit in Umweltprüfungen	264
4. Fachplan Gesundheit als Lösungsansatz	266
III. Immissionsschutzrecht	270

1. Trennungsgrundsatz, § 50 S. 1 BImSchG	272
a) Trennungsgrundsatz und Rücksichtnahmegebot in der urbanen Gemengelage	274
b) Trennungsgrundsatz und Rücksichtnahmegebot als Anknüpfungspunkte für umweltgerechte Planung	277
2. Luftreinhalteplanung, §§ 44–47 BImSchG	278
a) Luftreinhaltepläne	279
b) Pläne für kurzfristige Maßnahmen	281
c) Umweltzonen	282
d) Rechtsschutzmöglichkeiten	288
e) Luftreinhalteplanung als Mittel zur Förderung von Umweltgerechtigkeit	289
3. Lärminderungsplanung, §§ 47a–47f BImSchG	292
a) Systematik	293
b) Lärmkartierung (§ 47c BImSchG)	294
c) Lärmaktionspläne (§ 47d BImSchG)	295
aa) Festlegung des Bedarfs nach Lärminderungsplanung	295
bb) Maßnahmen der Lärminderungsplanung	297
cc) Rechtswirkung	298
d) Lärminderungsplanung als Mittel zur Förderung von Umweltgerechtigkeit	299
4. Immissionsschutzrechtliche Handlungsansätze für die Förderung von umweltgerechten Zuständen	303
IV. Raumplanungsrecht	305
1. Verfassungsrechtliche Implikationen	307
2. Umweltgerechtigkeit in der Raumordnung	311
a) Umweltgerechtigkeit als Mechanismus nachhaltiger Raumentwicklung	312
b) Umweltgerechtigkeit in den Grundsätzen der Raumordnung	314
3. Umweltgerechtigkeitsbezogene Handlungsansätze des Raumplanungsrechts	315
V. Fachplanungsrecht	319
1. Funktionsweise der Fachplanung	320
2. Verkehrswegplanung	321
a) Verteilungsgerechtigkeit im Bundesverkehrswegplan	322
b) Bedarfsplan und Linienfeststellung als Weichenstellung der Planfeststellung	325

c)	Umweltgerechtigkeit in der fernstraßenrechtlichen Planfeststellung	327
aa)	Anforderungen an den Planfeststellungsbeschluss . . .	328
bb)	Ausgleichsmaßnahmen nach § 74 Abs. 2 S. 2, 3 VwVfG	331
cc)	Immissionsschutzrechtliche Sonderregelungen für das Straßenrecht	332
3.	Umweltgerechtigkeit in der Fernstraßenplanung	336
VI.	Umweltgerechtigkeitsrelevante Bezüge des Bauplanungsrechts	338
1.	Umweltgerechtigkeit im unbeplanten Innenbereich	338
2.	Planungsermessen – Planungspflichten	341
3.	Vorgaben im Rahmen der Bauleitplanung	343
a)	Bodenrechtliche Relevanz sozio-ökologischer Forderungen	344
b)	Umweltgerechtigkeit im Flächennutzungsplan	345
c)	Umweltgerechtigkeit im Bebauungsplan	347
d)	Umweltgerechtigkeit in der Abwägung	351
aa)	Umweltgerechtigkeit in § 1 Abs. 5 BauGB	352
(1)	Nachhaltigkeitsprinzip aus § 1 Abs. 5 S. 1 BauGB	353
(2)	Umweltgerechtigkeit in sekundären Leitvorstellungen aus § 1 Abs. 5 S. 2 BauGB	355
bb)	Umweltgerechtigkeitsrelevante Belange im Rahmen der Bauleitplanung	356
(1)	Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse	357
(2)	Sozio-kulturelle Belange	358
(3)	Umwelt- und immissionsschutzbezogene Belange	359
(4)	Umweltgerechtigkeit als Belang in der bauleitplanerischen Entscheidungsfindung	363
cc)	Der Abwägungsprozess des § 1 Abs. 7 BauGB	364
dd)	Exkurs: Konflikt zwischen Innenentwicklung und Umweltgerechtigkeit	366
4.	Ergebnis: Umweltgerechtigkeit im Bauplanungsrecht	369
VII.	Bezüge des besonderen Städtebaurechts zu Umweltgerechtigkeit	370
1.	Entwicklungskonzepte – Funktion und Bedeutung	371
2.	Städtebauliche Sanierungsmaßnahmen, §§ 136 BauGB ff. . . .	373
a)	Normative Grundlagen städtebaulicher Sanierungsmaßnahmen	374

b) Sanierungsmaßnahmen und materiell-rechtliche Umweltgerechtigkeit	376
c) Sanierungsverfahren als Instrument prozessualer Gerechtigkeit	378
d) Sanierungspflichten der Gemeinde	381
3. Stadtumbaumaßnahmen, §§ 171a–d BauGB	384
4. Soziale Stadt, § 171e BauGB	386
a) Anwendungsbereich der Sozialen Stadt	387
b) Förderfähige Maßnahmen mit Bezug zu Umweltgerechtigkeit	389
c) Verfahrensgerechtigkeit in der Sozialen Stadt	390
aa) Bürgerbeteiligung in der Sozialen Stadt	391
bb) Ressortübergreifende Kooperation	393
d) Defizite und Chancen des Soziale-Stadt-Programms für die Förderung von Umweltgerechtigkeit	394
5. Private Initiativen zur Stadtentwicklung, § 171f BauGB	398
6. Erhaltungssatzung und Sozialplan als Instrumente umweltgerechter Entscheidungsfindung	403
a) Sozialplan	403
b) Erhaltungssatzung	406
7. Umweltgerechtigkeit im besonderen Städtebaurecht	410
VIII. Bereitstellung öffentlicher Grünanlagen	412
1. Rechtliche Instrumente für die Bereitstellung urbanen Grüns	414
a) Naturschutzrechtlich ausgerichtete Maßnahmen	414
b) Finanzierung von Begrünungsprojekten: „Zukunft Stadtgrün“	417
2. Begrünung von Bauwerken in hochverdichteten Räumen	417
a) Vorbehalte gegen und Chancen für urbanes Grün	418
b) Rechtliche Mechanismen zur Förderung grüner Infrastruktur	420
IX. Verfahrensrechtliche Anknüpfungspunkte	422
1. Zugriff auf Umweltinformationen	423
2. Teilhabe durch Partizipation	426
a) Funktionen von Öffentlichkeitsbeteiligung	426
b) Einwände gegen den Ausbau von Öffentlichkeitsbeteiligung	429
aa) Demokratietheoretische Einwände	430
bb) Soziale Selektivität der Beteiligung	432

cc) Kernelemente einer gerechten Öffentlichkeitsbeteiligung	433
c) Ausgestaltung der Öffentlichkeitsbeteiligung im deutschen Planungsrecht	434
aa) Einstufige Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 9 ROG	434
bb) Betroffenenbeteiligung im Rahmen der Vorhabenzulassung	435
d) Frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 25 Abs. 3 VwVfG	438
e) Frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung in der Bauleitplanung	440
aa) Erste Phase, § 3 Abs. 1 S. 1 BauGB	441
bb) Zweite Phase, § 3 Abs. 2 BauGB	444
f) Kritische Bewertung	446
aa) Kreis der zu beteiligenden Öffentlichkeit	446
bb) Ausgestaltung der Planungsunterlagen	447
cc) Zeitpunkt der Beteiligung	447
g) Ansätze einer umweltgerechten Öffentlichkeitsbeteiligung	449
aa) Verbesserung der Verfügbarkeit der Planunterlagen	449
(1) Chancen des Ausbaus internetbasierter Beteiligungsmöglichkeiten	450
(2) Nutzung des Internets in Planungsverfahren	451
(3) Verbesserung internetbasierter Information	453
bb) Quartiersmanagement	455
cc) Frühzeitigkeit der Beteiligung	459
3. Verfahrensgerechtigkeit in Planungsprozessen	462
X. Umweltgerechtigkeit in einfachrechtlichen Regelungsstrukturen	463
 Kapitel 5: Schlussbetrachtung	469
A. Ausgangslage	469
I. Umwelt und Gerechtigkeit als begriffsprägende Elemente	470
II. Völker- und europarechtliche Leitlinien	471
III. Rechtslage in Deutschland	473
B. Defizite und Herausforderungen bei der Umsetzung von Umweltgerechtigkeit	476

<i>C. Umweltgerechtigkeit als Leitkonzept sozio-ökologisch gerechter Entscheidungsfindung</i>	479
I. Charakter und Funktion von Leitbildern und -konzepten	479
II. Umweltgerechtigkeit als Leitkonzept planungsrechtlicher Entscheidungsfindung	480
Literaturverzeichnis	487
Sachregister	551

Kapitel 1

Einleitung

A. Gegenstand der Untersuchung

Jede Untersuchung der Stadt ist „in Wirklichkeit die Untersuchung der ‚modernen‘ Gesellschaft“, die Stadt fungiert mithin als „Ort, an dem die Gesellschaft in ihrer Struktur und ihren Konflikten erscheint“.¹ Die Untersuchung von sich spezifisch in städtischen Räumen ergebenden Konflikten ist damit stets auch eine Analyse der die Gesellschaft prägenden Herausforderungen. Der Themenkomplex Umweltgerechtigkeit bezeichnet als Analysefolie eine sozio-ökologische Komponente der Herausforderungen, mit denen sich die moderne Stadt – und daher auch die moderne Gesellschaft – konfrontiert sieht.

Umweltgerechtigkeit beschreibt den Konflikt, der sich zwischen Bevölkerungsgruppen ergeben kann, wenn umweltbezogene Belastungen in ungleicher Weise über ein Stadtgebiet verteilt sind und diese Distributionseffekte sozio-ökonomischen Dynamiken nachfolgen. Auf diese Weise entstehen mehrfach belastete Gebiete, die nicht allein wirtschaftlich und sozial herausgefordert sind, sondern zudem auch unter einer unterdurchschnittlichen Qualität der Lebensumwelt leiden. Diese ungleichen materiellen Verteilungswirkungen sehen sich regelmäßig flankiert von Exklusionismustern, die sich auf sozial und wirtschaftlich am Rande der Gesellschaft stehende Bürger besonders auswirken. Schon aufgrund der weitreichenden Interventionen des Staates auf dem Feld des Planungs- und Umweltrechts ist angezeigt, dass es sich bei diesen umweltgerechten Zuständen nicht (nur) um ein marktvermitteltes Faktum, sondern ein rechtlich erfassbares Problem handelt.

Kann es gerecht sein, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen, die sich meist allein aufgrund ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit in benachteiligten städtischen Gebieten ansiedeln, einen großen Teil der von der Allgemeinheit produzierten Umweltlasten tragen? Reicht es aus, ökonomisch fundierte Begründungen für urbane Siedlungsmuster darzulegen, um zu rechtfertigen, dass diese Bevölkerungsgruppen in ihrem Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit tangiert werden? Diesen Fragen soll, insbesondere auch in ihren gerechtigkeits-

¹ Häußermann/Siebel, *Leviathan* Vol. 6 (1978), 484 (486).

philosophischen Implikationen, im Folgenden nachgegangen werden. Gerade aufgrund der immensen gesundheitlichen Auswirkungen, die Umweltbelastungen und das Fehlen ausreichender Grünanlagen nach sich ziehen, kann nicht übergangen werden, dass sich der Staat auf dem Feld der Umweltgerechtigkeit in die Pflicht genommen sieht.

Zahlreiche Regelungen, die dazu beitragen können, umweltgerechte Zustände herzustellen, existieren bereits, werden aber nicht dieser Funktion entsprechend genutzt. Weitere Bereiche werden noch gar nicht als Themenfelder mit Bezug zu Fragen sozio-ökologischer Verteilungs- und Verfahrensgerechtigkeit erfasst. Mögliche Ansätze für die Implementierung einer umweltgerechten Städteplanung sollen in dieser Arbeit untersucht und auf dieser Grundlage ein städteplanerisches Leitkonzept für die Schaffung sozio-ökologisch gerechter Zustände entworfen werden.

B. Gang der Untersuchung

Die zwischen sozialer Lage, umweltbezogenen Belastungen und fehlenden Teilhabechancen in Umweltbelangen bestehenden Interdependenzen, die sich daraus ergebenden staatlichen Handlungspflichten sowie die Funktionsweise des Korpus' bestehender Regelungen sollen in vier Kapiteln herausgearbeitet werden.

Das erste Kapitel soll zunächst die Herkunft des Konzepts von Umweltgerechtigkeit aus der US-amerikanischen Environmental Justice-Bewegung nachvollziehen und sodann dessen Übertragbarkeit auf den deutschen Gesellschafts- und Rechtskontext analysieren. Dabei wird insbesondere herausgearbeitet, dass umweltgerechte Zustände auch hierzulande eine Herausforderung bei der Städteplanung darstellen. Hiervon ausgehend ist ein eigenständiger Begriff von Umweltgerechtigkeit zu bilden, der an einer Untersuchung der begriffsbildenden Komponenten Umwelt und Gerechtigkeit ausgerichtet ist. Zunächst ist zu erfassen, wieso Gerechtigkeit als eigenständige Komponente in der heute weitestgehend positivistisch arbeitenden Rechtswissenschaft überhaupt noch Relevanz zu entfalten vermag. Durch die Untersuchung ausgewählter Thesen zur Bestimmung von Verfahrens- und Verteilungsgerechtigkeit ist im Anschluss herauszuarbeiten, wieso die ungleiche Verteilung von Umweltlasten und -gütern und umweltbezogener Mitspracherechte als ungerecht einzuordnen ist und daher staatliche Handlungspflichten nach sich zieht. Sodann ist die Funktion von Umwelt als sozialem Faktor zu erfassen und daraus die Bedeutung von deren Ausgestaltung für die urbane Lebensqualität herzuleiten. Das auf diese Weise ausgearbeitete Verständnis bildet dann die Grundlage für die weitere Darstellung umweltgerechtigkeitsbezogener Handlungsfelder und Lösungsansätze.

Das zweite Kapitel widmet sich den internationalen Bezügen von Umweltgerechtigkeit. Die Leitlinien des Umweltvölkerrechts werden aufgrund ihrer Ausstrahlungswirkung auf nationale Rechtsordnungen kurz dargestellt. Dabei sind insbesondere die Bezüge zu sozio-ökologischen Rechtspositionen im Rahmen des internationalen Menschenrechtsregimes herauszuarbeiten. Im Anschluss erfolgt die Analyse der unionsrechtlichen Regelungskomplexe mit Bezug auf Umweltgerechtigkeit. Neben den unionsrechtlich normierten Zielen und Kompetenzen auf den Feldern von Umwelt- und Gesundheitspolitik kommt insbesondere den Garantien aus der *Europäischen Menschenrechtskonvention* und der *Grundrechtecharta* eine hervorzuhebende Rolle zu. Darüber hinaus bietet auch die durch die Europäische Union und die Mitgliedsstaaten praktizierte Stadtentwicklungspolitik Leitlinien an. Deren Implementierung in das deutsche Recht wirkt sich maßgeblich auf die Förderung von Umweltgerechtigkeit im städtischen Raum aus. Zuletzt wird die *Aarhus-Konvention* als maßgebliches Instrument zur Schaffung von Verfahrensgerechtigkeit in Umweltbelangen in ihren Bezügen zu Umweltgerechtigkeit untersucht.

Diese völker- und unionsrechtlichen Vorgaben wirken sich sodann auf die im dritten Kapitel darzustellenden nationalen Regelungen mit Bezug zu Umweltgerechtigkeit aus. An erster Stelle soll der Umweltbegriff des deutschen Rechts als heuristische Einbruchsstelle für die Förderung von Umweltgerechtigkeit vorgestellt werden. Im Anschluss daran ist die – bereits im ersten Kapitel gerechtigkeitsphilosophisch fundierte – staatliche Schutz- und Handlungspflicht im Hinblick auf die Herstellung umweltgerechter Zustände verfassungsrechtlich herzuweisen. Auf der Grundlage der Einordnung umweltgerechter Zustände als Grundrechtsvoraussetzungen erfolgt daraufhin die Analyse des einfachen Rechts im Hinblick auf die Implementierbarkeit von Umweltgerechtigkeit. Nach einer kurzen Darlegung der Funktionsweise planungsrechtlicher Normen wird eingangs die Nutzbarkeit von Umweltprüfungen als Monitoring-Mechanismen untersucht. Im Anschluss daran erfolgt die Darstellung der immissionsschutz- und planungsrechtlichen Handlungsfelder mit Bezug zu Umweltgerechtigkeit. Das anthropozentrische Immissionsschutzrecht weist insbesondere durch die Instrumente zur Lärminderungs- und Luftreinhalteplanung relevante Ansatzpunkte auf. Die Untersuchung des Planungsrechts erfolgt zunächst auf den Feldern des Raumordnungs- und Fachplanungsrechts, wobei letzteres, beispielhaft auf die Fernstraßenplanung Bezug nehmend, nach Einfallstoren für sozio-ökologische Gerechtigkeitserwägungen untersucht wird. Von hervorgehobener Bedeutung ist die sodann folgende Darstellung des Bauplanungsrechts, wobei sowohl die die Bauleitplanung steuernden Normen als auch die Regelungen des besonderen Städtebaurechts auf ihre Bezüge zu umweltgerechter Raumgestaltung zu analysieren und weiterzuentwickeln sind. Schlussendlich wird auch der Komponente

der Verfahrensgerechtigkeit Rechnung getragen, indem die das deutsche Planungsrecht prägenden Regelungskomplexe im Hinblick auf Chancen zur Förderung von Umweltgerechtigkeit untersucht werden. Hierauf basierend sollen Ansätze entwickelt werden, um die Beteiligung in Planungsprozessen gerechter und inklusiver auszugestalten.

In dem abschließenden Fazit werden die Ergebnisse zusammengefasst. Auf der Grundlage der im Rahmen der Untersuchung des deutschen Regelungskorpus dargestellten Defizite wird ein Leitkonzept Umweltgerechtigkeit entworfen, das als Bündelungsmechanismus und Analysefolie Planungsentscheidungen zugrunde liegt.

Kapitel 2

Umwelt und Gerechtigkeit – eine begriffliche Annäherung

Das Konzept der Umweltgerechtigkeit befasst sich mit der sozial ungleichen Verteilung von Umweltgütern und -lasten und Mitgestaltungsrechten in Bezug auf umweltrelevante Entscheidungen. Im Folgenden soll zunächst die Herkunft des Konzepts Umweltgerechtigkeit dargestellt und dessen Relevanz für und Übertragbarkeit auf die deutsche Rechtsordnung erläutert werden. Über die Entwicklung eines eigenständigen Begriffs von Umweltgerechtigkeit, der sich an den begriffsprägenden Komponenten Umwelt und Gerechtigkeit orientiert, soll eine Analysefolie für die Bewertung materieller Verteilungsergebnisse und prozessualer Teilhabechancen in sozio-ökologischen Zusammenhängen geschaffen werden.

A. Konzeptionelle Grundlegungen von Umweltgerechtigkeit

Der Bezugsrahmen der im Kontext von Umweltgerechtigkeit relevanten Ungleichheit bezieht sich darauf, dass verschiedene Bevölkerungsgruppen unterschiedliche Zugangsmöglichkeiten zu materiellen umweltbezogenen Positionen haben.¹ Dies umfasst sowohl die positive Dimension des Zugangs zu Umweltgütern sowie die negative Dimension des Freibleibens von Umweltbelastungen. Die zweite relevante Ungleichheit besteht in Bezug auf den Zugang „zu sozialen Positionen, die mit ungleichen Macht- und/oder Interaktionsmöglichkeiten ausgestattet sind“.² Dies beschreibt die Möglichkeit der Einflussnahme auf den verwaltungspolitischen Entscheidungsprozess über die Verteilung von Umweltgütern und -lasten. Aufgrund dieser Einschränkungen der Güter- bzw. Teilhabepositionen sehen sich „die Lebenschancen der betroffenen Individuen, Gruppen oder Gesellschaften“³ regelmäßig beeinträchtigt. Schließlich stellt die bebaute Lebensumwelt einen maßgeblichen Gesundheitsfaktor dar, der wiederum selbst

¹ Kreckel, Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit, 1992, 17.

² Kreckel, Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit, 1992, 17.

³ Kreckel, Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit, 1992, 17.

im Spannungsfeld sozio-ökonomischer Kriterien zu verorten ist.⁴ Neben höchstpersönlichen Merkmalen wie der gesundheitlich-genetischen Vorbelastung und der individuellen Lebensweise kommt zahlreichen externen Kriterien Erklärungskraft für die Gesundheit einer Person zu, hierunter etwa soziale Netzwerke, Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie allgemeine Umweltfaktoren. Entscheidenden Bezugsrahmen bildet die urbane Lebensumwelt, die gleichsam Schauplatz und erklärenden Kontext der Marginalisierungsbewegung darstellt. Umweltgerechtigkeit ist also ein möglicher Oberbegriff für die Erfassung sozio-ökologischer Verteilungsfragen im Kontext planerischer Entscheidungen.

I. Umwelt und Gesellschaft: Ursprünge des Umweltgerechtigkeitsgedankens

Ein Großteil der zum Themenkomplex der Umweltgerechtigkeit verfassten Abhandlungen setzt bei der gleichnamigen Protestbewegung aus den Vereinigten Staaten der 1960er und 1970er Jahre an und erläutert das Konzept im Rahmen des politisch-historischen Narrativs der Bürgerrechts- und Graswurzelbewegung.⁵ Die Ursprünge der Umweltgerechtigkeit definierenden Problemkonstellationen reichen historisch weiter zurück. Antike medizinische Schriften belegen, dass der Zusammenhang zwischen der Umweltsituation und menschlicher Gesundheit früh problematisiert wurde, bereits *Hippokrates* erkannte den Zusammenhang zwischen Gesundheit, Umwelt und Natur.⁶ Vom Römischen Reich bis in das Mittelalter wurde Stadtplanung jedenfalls auch als Mittel zum Schutze der Bevölkerung angesehen, wenngleich die Verbindung zwischen hygienischen

⁴ Vgl. *Dahlgren/Whitehead*, Policies and strategies to promote social equity in health, Background Document to WHO Strategy Paper for Europe, 1991, 11 ff.; *van Kempen/Kruize/Boshuizen/Ameling/Staatsen/de Hollander*, Environmental Health Perspectives Vol. 110 (2002), 307 (312 ff.); *Franklin/Frank/Jackson*, Urban Sprawl and Public Health, 2004, 65 ff.; *Barton/Grant*, Journal of the Royal Society for the Promotion of Public Health Vol. 126 (2006), 252 (253 ff.); *Vlahov/Freudenberg/Proietti/Ompad/Qwinn/Nandi/Galea*, Journal of Urban Health Vol. 84 (2007), 16 (18 ff.); *Dye*, Science Vol. 319 (2008), 766 (767 ff.); *Babisch*, Noise Health Vol. 10 (2008), 27 (29 ff.); *Beleen/Hoek/Houtijs van den Brandt/Goldblom/Fischer/Schouten/Amstrong/Brunekreef*, Occupational and Environmental Medicine Vol. 66 (2009), 243 (246 ff.); *Graham/White*, Public Health Vol. 141 (2016), 270 (272 ff.); *Fabian/Drilling/Niermann/Schnur*, in: dies. (Hrsg.), Quartier und Gesundheit, 2017, 9 (12 f.).

⁵ Vgl. *Kuzmiak*, The Geographical Journal Vol. 157 (1991), 265 (274); *Bullard*, Dumping in Dixie, 3. Aufl. 2000, 29 ff.; *Mohai/Pellow/Timmons Roberts*, Annual Review of Environmental Resources Law Vol. 34 (2009), 405 (408); *Boone/Fragkias*, in: dies. (Hrsg.), Urbanization and Sustainability, 2013, 49 (50); vgl. ferner *Getches/Pellow*, in: *Mutz/Bryner/Kenney* (Hrsg.), Justice and Natural Resources, 2002, 3 (6).

⁶ Vgl. *Claßen*, in: *Gebhard/Kistemann* (Hrsg.), Landschaft, Identität und Gesundheit, 2016, 71 (74).

Misständen und der Entstehung und Übertragung von Krankheiten freilich erst zu Beginn der Frühen Neuzeit Anerkennung in städteplanerischen Ansätzen fand.⁷ Der relevante Brückenschlag zwischen sozialer Lage, Gesundheit und Umweltsituation erfolgte gegen Ende des 19. Jahrhunderts. Obgleich die Hygienestandards in den europäischen Städten sich insgesamt als problematisch darstellten, bildeten sich im Zuge der Industrialisierung besonders starke Unterschiede in der urbanen Wohnqualität der Lebensumfelder verschiedener Gesellschaftsschichten heraus, welche rasch zum Gegenstand stadtsoziologischer Untersuchungen wurden.⁸ Gerade die in den Gebieten um die Produktionsstätten regelmäßig angesiedelte Arbeiterklasse war von den mit der verdichteten Siedlungsstruktur einhergehenden hygienischen Misständen in ihrem Wohn-, Arbeits- und sozialem Umfeld besonders stark betroffen.⁹ Dass sich im Zuge der Verstärkung der Gesellschaft soziale und gesellschaftliche Ausdifferenzierungen in relevanter Weise auf die räumlichen Lebenswelten der gesellschaftlichen Akteure durchschlugen, markierte den Ausgangspunkt der Auseinandersetzung mit der Frage der residentiellen Segregation¹⁰ in europäischen Städten.¹¹ Detaillierte Beschreibungen der in den US-amerikanischen und europäischen Städten des 19. Jahrhunderts herrschenden Lebenssituationen liefern die Sozialromane dieser Zeit. Mit ihren Beschreibungen der gesellschaftlichen Lebensumstände im Zeitalter der Industrialisierung und der desolaten städtischen Lebensumwelt stellen sie einen wichtigen Indikator für das zunehmende gesellschaftliche Bewusstsein für die Existenz umweltgerechter Zustände dar.¹² Werke wie *Charles*

⁷ Vgl. *Zirmstein*, Ökologie und Umwelt in der Geschichte, 1996, 28 f.; *Leven* (Hrsg.), Antike Medizin, 2005, 882 f.; *Pellow*, American Behavioral Scientist Vol. 43 (2000), 581 (591); *Thommen*, Umweltgeschichte in der Antike, 2009, 70, 113 f.; *Rodenstein*, in: Böhme/Kliemke/Reimann/Süß (Hrsg.), Handbuch Stadtplanung und Gesundheit, 2012, 15 (17 f.).

⁸ Vgl. *Park*, The American Journal of Sociology Vol. 20 (1915), 577 (582 ff.); *Simmel*, Die Großstädte und das Geistesleben, Nachdruck 2006, 35 f., 42 ff.

⁹ *Häußermann*, in: Hradil (Hrsg.), Deutsche Verhältnisse, 2012, 233 (237 ff.).

¹⁰ Der Begriff der Segregation bezeichnet im Folgenden die „Konzentration von Bevölkerungsgruppen in gesellschaftlichen Feldern (z. B. Arbeitsteilung) oder an städtischen Orten“, wobei insbesondere die residentielle Segregation „die Quartiersbildung von Menschen der gleichen sozialen Stellung, gleicher ethnischer Zugehörigkeit, gleicher Lebensform oder Altersgruppe“ beschreibt. Im Gegensatz dazu steht der Begriff der Gentrifizierung, der den „Prozess, der Hierarchisierung von Räumen und [den] Wechsel von homogen armen Quartieren über Durchmischung zu homogen reichen Quartieren“ umschreibt, vgl. *Löw/Steets/Stoetzer*, Einführung in die Stadt- und Raumsoziologie, 2008, 39 ff. Vgl. für eine umfassende Darstellung der Ursachen aktueller Gentrifizierungstendenzen *Riemann*, Baurechtliche Instrumente gegen Gentrifizierung, 2016, 1 ff.; vgl. für eine Darstellung der Ursachen von residentieller Segregation *May/Alisch*, in: dies. (Hrsg.), Formen sozialräumlicher Segregation, 2012, 7 (9 ff.).

¹¹ *Löw/Steets/Stoetzer*, Einführung in die Stadt- und Raumsoziologie, 2008, 44.

¹² Vgl. *Myers*, Converging Stories: Race, Ecology, and Environmental Justice in American

Dickens' Our Mutual Friend (1864/65), *Wilhelm Raabes Pfisters Mühle* (1883) und *Upton Sinclairs The Jungle* (1906) erläutern die Verknüpfung sozialer und ökologischer Missstände und heben die Bedeutung bürgerschaftlichen Individual- und zivilgesellschaftlichen Engagements als notwendige Voraussetzung für die Herstellung gerechterer Zustände hervor.¹³ Freilich setzen sich diese frühen literarischen Analysen nicht mit dem konkreten Begriff der Umweltgerechtigkeit auseinander. Sie zeigen vielmehr auf, dass soziale und ökologische Missstände jedenfalls bis zum Ende des 19. Jahrhunderts als notwendigerweise miteinander verknüpfte und sich gegenseitig bedingende Themenkomplexe wahrgenommen wurden.

Unter dem Schlagwort der „Hygiene“ bzw. „Public Sanitation“ entstand sodann unter der Leitung von Naturwissenschaftlern und Politikern das Sanitary Movement,¹⁴ eine europäische Reformbewegung, welche gegen die mit der Industrialisierung einhergehenden urbanen Umweltprobleme der Vermüllung und (Luft-)Verschmutzung vorzugehen versuchte.¹⁵ Der britische Sozialreformer *Edwin Chadwick* läutete mit seinem 1842 erschienenen Werk *Report from the Poor Law Commissioners on an Inquiry into the Sanitary Conditions of the Labouring Population of Great Britain* die Reformation des öffentlichen Gesundheitswesens im viktorianischen England ein,¹⁶ was Auswirkungen auf die öffentliche Gesundheitspolitik in ganz Europa hatte.¹⁷ Durch den wissenschaftlichen Fortschritt wurde der Zusammenhang zwischen urbaner Verschmutzung und der Verbreitung von Seuchen und anderen Krankheiten erschlossen. Die Erkenntnis, dass zwischen sozial-räumlicher Lage – also der Wohn- und Arbeitssituation – und bestimmten Krankheitsbildern ein Zusammenhang besteht, fand Einzug in die sozialepidemiologische Forschung.¹⁸ Die daraus aufkeimende Sorge um die Volksgesundheit wirkte – insbesondere in Großstädten – als Triebfeder für die Umgestaltung städtischer Räume, etwa durch die flächendeckende Strukturie-

Literature, 2005, 5 ff.; *Kneitz*, *Interdisciplinary Studies on Literature and Environment* Vol. 22 (2015), 47 (48, 49).

¹³ Vgl. *Kneitz*, *Literatur – Geschichte – Natur. Reflexionen zu Umweltgerechtigkeit und Umweltbewusstsein im Roman des 19. Jahrhunderts*, 2013, 170 f.

¹⁴ *Schlüns*, *APuZ* 24 (2007), 25 (28); *Tulchinsky/Varavikova* (Hrsg.), *The New Public Health*, 2. Aufl. 2009, 12 ff.

¹⁵ *Radkau*, *Natur und Macht: Die Weltgeschichte der Umwelt*, 2. Aufl. 2012, 274 ff., 280.

¹⁶ *Rosen*, *A History of Public Health*, 3. Aufl. 2015, 110 ff.; *Wohl*, *Endangered Lives. Public Health in Victorian London*, 1983, 142 ff., 147 ff.

¹⁷ Vgl. *Radkau*, *Die Ära der Ökologie*, 2011, 64.

¹⁸ Vgl. *Grotjahn*, in: *ders./Kaup* (Hrsg.), *Handbuch der Sozialen Hygiene* Bd. 2, 1926, 410 ff., 439 ff.; *Mosse/Tugendreich*, *Krankheit und soziale Lage*, 1913.

rung der Frischwasserversorgung und Abwasserentsorgung sowie der zentralen Behandlung von Abfällen.¹⁹

Die gemeinsame diskursive Behandlung sozialer und ökologischer Themen erfuhr zu Beginn des 20. Jahrhunderts einen Bruch. Ausgangspunkt dieser getrennten Entwicklung mag die Entstehung der Ökologie als eigenständige wissenschaftliche Disziplin darstellen, welche die Funktionsweise biologischer Systeme unter rein ökozentrischen Gesichtspunkten untersucht. Der Mensch blieb dabei als externer Faktor von Bedeutung, allerdings verschoben sich die Forschungsperspektiven zunehmend von politisch-sozialen hin zu naturwissenschaftlichen Untersuchungshypothesen.²⁰ Parallel dazu verengte sich die Perspektive der sozialistisch-kommunistischen Arbeiterbewegung auf die Thematik des Klassenkampfes und verlor die Bewegung – trotz der Bedeutung, die *Karl Marx* dieser Thematik in seinen frühen Werken noch zumaß²¹ – den Bezug zur menschlichen Lebensumwelt als Spiegel von und Grund für gesellschaftliche Missstände.²² Diese Entfernung vertiefte sich im Laufe des 20. Jahrhunderts. Umweltschutz profilierte sich zunehmend als Thema der gehobenen weißen Mittel- und Oberschicht, Natur- und Tierschutz sowie der Kampf gegen Atomkraft standen im Fokus der jungen Bewegung, soziale Fragen wurden hingegen kaum als Probleme mit Umweltbezug verstanden.²³ Die besonders in urbanen Lebensräumen deutlich erkennbare soziale Relevanz ökologischer Disparitäten entwickelte sich zu einem Randthema, die städtische Lebensumwelt wurde nur von wenigen – eine Ausnahme hier stellt die Chicagoer Schule dar – als ökologisch relevanter Raum angesehen.²⁴ Auch die aufkeimenden grünen Parteien verfehlten es, die gesellschafts- und sozialpolitischen Implikationen der Umweltthematik auf die politische Agenda zu setzen.²⁵ Maßgebliches Element für die wiederkehrende Verbindung zwischen der Umwelt und der sozialen Frage stellte aber-

¹⁹ Vgl. *Radkau*, Die Ära der Ökologie. Eine Weltgeschichte, 2011, 66 ff.

²⁰ Vgl. *Massard-Guilbaud/Rodger*, in: dies. (Hrsg.), *Environmental and Social Justice in the City*, 2011, 1 (4).

²¹ *Marx*, Ökonomisch-philosophische Manuskripte, in: *Marx/Engels*, Werke, Band 40, 1968, 465 (516): „Der Mensch lebt von der Natur, heißt: Die Natur ist sein Leib, mit dem er in beständigem Prozess bleiben muss, um nicht zu sterben. Dass das physische und geistige Leben des Menschen mit der Natur zusammenhängt, hat keinen anderen Sinn, als dass die Natur mit sich selbst zusammenhängt, denn der Mensch ist ein Teil der Natur“; vgl. *Kraemer*, Die soziale Konstitution der Umwelt, 2008, 61 ff.

²² Vgl. *Massard-Guilbaud/Rodger*, in: dies. (Hrsg.), *Environmental and Social Justice in the City*, 2011, 1 (4).

²³ Vgl. *Larrère*, in: *Roger/Guéry* (Hrsg.), *Maîtres et protecteurs de la nature*, 1991, 172 (180 f.).

²⁴ Vgl. *Heynen/Kaika/Swyngedow*, in: dies. (Hrsg.), *In the Nature of Cities*, 2006, 1 (2 ff.).

²⁵ Vgl. zu der Entwicklung grüner Parteien in Europa und deren Umgang mit sozialen Fragestellungen *Burchell*, *The Evolution of Green Politics*, 2002, 129 ff., 150 ff.

mals der „größte gemeinsame Nenner“²⁶ der Gesundheit dar. *Rachel Carsons* 1962 erschienenes Sachbuch *Silent Spring*, welches sich kritisch mit dem Einfluss von Pestiziden und Herbiziden auf Ökosysteme auseinandersetzte, stellte den Impulsgeber des weltweiten Aufkeimens von Umweltbewegungen dar und machte breite Schichten auf die ökologischen und gesundheitlichen Risiken häufig industriell verwendeter toxischer Stoffe aufmerksam.²⁷ Indem *Carson* Umwelt nicht (nur) in ihrer Ausprägung als „wilderness“ behandelte, sondern Fragen der öffentlichen Gesundheit, der biologischen Diversität und der diese beeinflussenden Handlungsweisen in Gesellschaft, Unternehmen und Politik aufwarf, legte sie den Grundstein für die Wiederaufnahme des anthropozentrischen Umweltdiskurses.²⁸

II. Entwicklung der US-amerikanischen Umweltgerechtigkeitsbewegung

Im Kontext der sich in den 1970er und 1980er Jahren entwickelnden Umweltdiskurse nimmt die Umweltgerechtigkeitsbewegung eine Sonderstellung ein, da sie Forderungen nach ökologischer und sozialer Gerechtigkeit miteinander verbindet.²⁹ Im Folgenden sollen die Herkunft des Konzepts Umweltgerechtigkeit und die es prägenden gesellschaftlichen, politischen und rechtlichen Entwicklungslinien aufgezeigt werden. Dies bildet die Grundlage für eine die historischen Bezüge reflektierende Analyse der Übertragbarkeit des Konzepts auf europäische und deutsche Sachverhalte.

1. Ausgangspunkte einer Bewegung

Die Umweltgerechtigkeitsbewegung wird regelmäßig als Schulterschluss zwischen Umwelt- und Bürgerrechtsbewegung dargestellt.³⁰ Diese Einordnung lässt

²⁶ *Radkau*, Die Ära der Ökologie, 2011, 67.

²⁷ *Carson*, *Silent Spring*, 2002, 15 ff.; vgl. auch *Bosselmann*, Im Namen der Natur, 1992, 117; *Melosi*, *Environmental History Review* Vol. 19 (1995), 1 (2); *Murphy*, *What a Book Can Do*, 2005, 18, 173 ff.; *Lytle*, *The Gentle Subversive: Rachel Carson, Silent Spring, and the Rise of the Environmental Movement*, 2007, 134 ff.

²⁸ *Carson*, *Silent Spring*, 2002, 9 ff.; vgl. *Taylor*, *American Behavioral Scientist* Vol. 43 (2000), 508 (522, 527).

²⁹ Vgl. zur Einordnung der Umweltgerechtigkeitsbewegung innerhalb der Strömungen des US-amerikanischen Umweltaktivismus *Cole*, *Ecology Law Quarterly* Vol. 19 (1992), 619 (637 f.).

³⁰ Vgl. *Bullard*, *Journal of Civil Rights and Economic Development* Vol. 9 (1996), 445 (451); *Yamamoto/Lyman*, *University of Colorado Law Review* Vol. 72 (2001), 311 (314 ff.); *Ali*, in: *Shallcross/Robinson* (Hrsg.), *Global Citizenship and Environmental Justice*, 2006, 41

Sachregister

- Aalborg-Charta 168
Aarhus-Konvention 187 ff., 200, 432 f., 446, 472
Abwägungsgebot
– Abwägungsvorgang 244 ff.
– Bauleitplanung 351 ff., 364 ff.
– Behördenbeteiligung 261 ff.
– Einfalltor für Gerechtigkeit 100 f.
– Fernstraßenrecht 326 ff.
– Raumordnung 311
– Trennungsgrundsatz 272 f.
– Unionsrecht 157 ff.
– Verfassungsrecht 209 f., 221 ff.
Abwehrrechte
– Grundrechte 217 ff.
– Immissionsschutzrecht 278, 337
– Unionsrechte 154 f.
– Verteilung 109
Afroamerikaner 11 ff., 33
Agenda 21 31, 117 ff., 135 ff., 164, 168 ff., 184, 354, 432
Aktivbürger 432 f., 462, 476 ff.
Aktivismus 10 f., 22 f., 32
Akzeptanz von Planungsentscheidungen 194 ff., 262, 404, 428 ff., 448 f., 458, 462
Allgemeine Erklärung der Menschenrechte 128
Allmende 105 ff.
Alternativenprüfung 254, 326 ff.
Aneignungsanspruch 97 ff., 105
Anerkennungstheorie 38, 82 ff., 88, 456
Anspruch auf Planung 289
Anstoßfunktion 435, 444
Anthropozentrismus 39, 201, 204 f., 210 ff.
Arbeiterbewegung 9, 76
Aristoteles 54 ff., 70
Armutsbekämpfung 26 f., 138 f., 174 f., 300, 396
Art. 37 GrCh 143 f., 160 ff.
Ausgleichsmaßnahmen 331, 337
Bauleitplanung
– Abwägung 245 ff.
– Funktionsweise 338 ff., 343 ff.
– Leitvorstellungen 355 ff.
– Öffentlichkeitsbeteiligung 440 ff.
– Planungspflichten 341 f.
– Trennungsgrundsatz 273 ff.
– umweltbezogene Festsetzungen 297 ff., 248 ff., 420
Beck, Ulrich 94, 121
Bedarfsplanung 325 f.
Befähigungsansatz 85 ff., 162, 237
Begrünungsbüro 420 f.
Begrünungspflicht 422
Behördenbeteiligung 261 ff., 939
Bentham, Jeremy 58 ff.
Bestandsschutz 348, 368, 422
Bestleistungsprinzip 287
Betroffenenbeteiligung 77, 435 ff., 446 f.
Betroffenheit
– Aarhus-Konvention 190
– Bauleitplanung 441 ff.
– frühe Offenheitsbeteiligung 438 f.
– Raumordnung 434, 438 f.
Beurteilungsspielraum 157
Bevölkerungsstruktur 14, 227, 344, 403, 408 f.
Bevölkerungswachstum 114
Bielefelder Modell 259
Bildungsstatus 338, 390 ff., 432
Biodiversität 29, 185, 301
Blaue Plakette 286
Bodennutzung, sozialgerechte 352 ff.
Bodenrechtliche Relevanz 344 f.
Bottom-up-Strukturen 178 f., 390 ff.

- Bristol Accord 183 f.
 Brundtland-Bericht 21
 Bundesverkehrswegplan 321 ff.
 Bürgerbeteiligung
 – Kritik 430 f.
 – Soziale Stadt 391 ff.
 – Quartiersmanagement 455
 Bürgerinitiativen 11 f., 388 f.
 Bürgerentscheide 431
 Bürgerrechtsbewegung 10 ff., 32 f.
 Bürgerversammlung 380 f.
 Business Improvement Districts 398
- Capabilities 85 f., 162
 Chancengleichheit
 – gesundheitliche 181, 413
 – ökologische 109 f., 215, 228 f., 313
 Chicagoer Schule 9, 92, 95 ff.
 Civil Rights Act 17
 Clean Air for Europe 165 f.
 Climate Justice 21, 124 ff.
 Club of Rome 114
 Community Advisory Groups 456 f.
- Dachbegrünung 418 ff.
 Daseinsvorsorge 310 ff., 325, 359
 Demokratie
 – Aarhus-Konvention 194 f.
 – Abwägungsprozess 248
 – Exklusion 79 f.
 – Partizipation 426 f., 430
 Diskriminierungsverbote 130 f., 160
 Distributionssphären 71 f.
 Draft Declaration of Principles on Human Rights and the Environment 133 f.
 Drei-Säulen-Modell 116 f., 353
 Dworkin, Ronald 77 f.
- E-Democracy 443, 450 ff.
 Ecological Justice 39 f.
 EFRE-Verordnung 169 f., 175 ff.
 Eigentumsgrundrecht
 – Begrünungspflichten 421 f.
 – Fahrverbote 283 ff.
 – Schutzbereich 219 ff., 238, 245, 333 f., 355
 Empowerment 80 f., 178, 196, 392 ff., 456
 enabling state 215
- Environmental blackmail 60
 Environmental Justice
 – Begriff 16, 36 ff.
 – Bewegung 6 ff.
 Environmental Justice Organisations, Liabilities and Trade-Program 199 f.
 Erhaltungssatzungen 406 ff.
 Erkrankungen, umweltbedingte 27 ff., 53, 255, 278, 293
 Erörterungstermin 437 ff.
 ESI-Fond 175 f.
 Ethische Minderheiten 12 ff., 25 f., 50, 102 ff., 198
 Europäische Grundrechtecharta 142, 160 ff.
 Europäische Menschenrechtskonvention 155 ff.
 Europäische Stadtentwicklung 168 ff., 185 f., 198
 Europäische Union
 – Umwelt- und Gesundheitspolitik 142 ff., 148
 – Umweltaktionsprogramme 163 ff.
 – Zielbestimmungen 145 ff.
 Europäischer Fonds für regionale Entwicklung 169 ff., 175 f.
 Europäischer Sozialfonds 170, 176 ff.
 Executive Order No. 12898 19 f.
 Existenzminimum 214, 218 f., 235
 Exklusion 38, 78 f.
- Fachplan Gesundheit 266 ff.
 Fachplanung
 – Funktionsweise 320 ff.
 – Lärminderungsplanung 297 ff.
 – Zusammenhang mit ROG 306 f.
 – Öffentlichkeitsbeteiligung 435 ff.
 – Umweltprüfungen 251
 Fahrverbote 282 ff.
 Fassadenbegrünung 418 f.
 Finalprogramme 201, 427, 463
 Fluglärm 217, 220 ff., 294, 335
 Fraser, Nancy 83 ff.
 Freiheitsrechte 86, 213 ff., 238
 Freiraumentwicklungsplanung 372, 416 f.
 Funktionsmängelsanierung 375, 383
 Funktionsschwäche 384
- Gebäudebegrünung 418 ff.

- Gefahrenabwehr 220 f., 240, 278, 421,
 Gemeinwohl 56 f., 105, 239
 Gemengelage 227, 274 ff., 291, 333, 348
 Generationengerechtigkeit 145
 Gentrifizierung 7 f., 301, 377, 406 f.
 Gerechtigkeit
 – Abgrenzung zu Gleichheit 49 ff.
 – Verfahrensgerechtigkeit 76 ff.
 – Verteilungsgerechtigkeit 52 ff.
 Gesellschaftsvertrag 62 ff.
 Gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse
 277, 339 f., 357 ff., 374
 Gesundheitsämter 258, 266 ff., 387, 393 f.
 Gesundheitsfolgenabschätzung 257 ff.
 Gesundheitsverträglichkeitsprüfung 257 ff.
 Gewährleistungsverantwortung 162, 216,
 471
 Ghetto-Bildung 359
 Gleichbehandlung
 – Abgrenzung zu Gerechtigkeit 49 ff.
 – als Gerechtigkeit 45 f.
 – Chancengleichheit 109 f., 181, 215, 228 f.,
 313, 413
 – Gleichheitsgrundsatz 223 ff.
 – Immissionsschutzrecht 275 f.
 Gleichwertige Lebensverhältnisse 307 ff.
 Globaler Süden 21, 142, 472
 Globalisierung 20 ff., 122 f.
 Grassroots-Bewegung 12, 32
 Green Economy 120
 Grünflächen
 – Bereitstellung 412 ff.
 – Bebauungsplan 351, 375 f.
 – Flächennutzungsplan 345 f.
 – Funktion 29 f., 421
 – Verteilung 105 f., 226
 Grüne Parteien 9
 Grundrechtskumulation 235 ff.
 Grundrechtsvoraussetzungen 234 ff.

 Habitat-Prozess 117, 134 ff., 353
 Hatton-Urteil 157 f.
 Handlungsfreiheit, allgemeine 284 f.
 Handlungspflichten, staatliche 102 ff., 105,
 239 f., 287 f., 295 f., 335
 Health Impact Assessment 257 f.
 Housing Improvement Districts 398 ff.

 Identitätspolitik 84
 Individualbeschwerdemöglichkeit 132
 Industrialisierung 7 f., 63, 76, 98
 Infrastrukturplanung 307, 322 f.
 Innenbereich 338 ff., 347 f.
 Innenentwicklung 366 ff.
 Integrationsmaßnahmen 170 f., 396, 429
 Internationaler Pakt über bürgerliche und
 politische Rechte 132 ff.
 Internationaler Pakt über wirtschaftliche,
 Soziale und kulturelle Rechte 128 ff.
 Internet
 – Partizipation 432 ff., 450 ff.
 – Planungsverfahren 443 f., 451 ff.
 – UVPG 263
 – Verwaltungsverfahren 436 ff.
 Istanbul-Erklärung 117, 129
 IVU-Richtlinie 192

 Kapitalismuskritik 96 ff.
 Kelsen, Hans 41 ff.
 Klassenfrage 73 f., 94, 98 ff.
 Kohäsions- und Strukturfonds 170 ff.
 Kollektivität 33, 60, 74, 105 f.
 Kommunale Planungshoheit 307, 341 ff.,
 382
 Kommunitarismus 70 ff.
 Kompensation 60 f., 240, 249, 335 ff.
 Konditionalprogramme 44, 243
 Körperliche Integrität
 – Abwägungsbelang 222 f., 246 f., 287, 299,
 366
 – Baurecht 244 ff., 357 f., 374
 – Grundrecht 216 ff.
 – Unionsrecht 146 f., 157 f.
 Ksentini-Report 133
 Kyoto-Protokoll 119

 Landesentwicklungsprogramme 316 f.
 Landschaftsplanung 414 ff.
 Lärmaktionsplanung 295 ff.
 Lärmbelastung 27 ff., 157 f., 234 f., 255,
 292 f.: 330
 Lärmkartierung 294 ff.
 Lärminderungsplanung 292 ff.
 Lärmschutz 297, 334 ff.
 Leerstand 385
 Lefebvre, Henri 98 f.

- Legitimationsverschiebungen 430
 Leipzig-Charta 184 ff., 353
 Leitbild
 – nachhaltigen Entwicklung 139, 184 f.
 – Raumordnung 318 f.
 – Rechtswirkung 479 ff.
 Leitkonzept 480
 Leitvorstellungen 311, 355 ff.
 Liberalismus 64 ff., 70 f.
 Lille Priorities 183 f.
 Limits of Growth 114 f.
 Lissabon-Göteborg-Strategie 171 f., 183 ff.
 Lokale Agenda 21 168 f.
 Lopez-Ostra-Entscheidung 155 f.
 Luftqualität 27 f., 172, 180 f., 291, 362 f.
 Luftqualitätsrichtlinie 166, 178 f., 288
 Luftreinhalteplanung 278
 Luftschadstoffe 235, 278 ff.
 Luhmann, Niklas 43 ff., 237
 Luxussanierungen 376, 401
- Marktmechanismen 14, 107 ff., 470 f.
 Marxismus 9, 41 f., 96 f.
 Mediation 458 f.
 Mehrfachbelastungen 29 f., 260, 304
 Menschenrechte
 – Entstehung 75, 109
 – Unionsrecht 155 ff.
 – Verhältnis zu Gerechtigkeit 122 ff.
 – Völkerrecht 128 ff.
 Menschenwürde 214 ff., 238, 335 f., 356 f., 425 f.
 Mill, John Stuart 58
 Millenniums-Erklärung 118 f., 139
 Mindeststandards 50, 90, 109 f., 214 ff., 239 f., 313
 Monitoringverfahren 265 f.
 Moreno-Gomez-Rechtsprechung 156 ff.
 Münchner Modell 355 f.
- Nachhaltigkeit
 – Leitbild 486 f.
 – Planungsrecht 353 f.
 – Unionsrecht 152 f.
 – ROG 314 ff.
 – Völkerrecht 116 ff.
 Nachverdichtung 366 f.
- Natur
 – Art. 20a GG 211 ff.
 – Begriff 93 ff.
 – Mensch-Natur-Dualismus 36 f., 92 f., 205
 – Naturschutzrecht 204 ff.
 – Weltcharta für Natur 115, 125, 188
 New Environmental Paradigm 92, 96 ff.
 New Urban Agenda 99, 137 f.
 New Urban Sociology 95 f.
 Nichtregierungsorganisationen 119, 190 ff.
 Nord-Süd-Gefälle 21, 121
 Null-Variante 372, 437
 Nussbaum, Martha 85 ff., 215
 Nutzungskonflikte 277, 362
- Öffentlichkeitsbeteiligung
 – Aarhus-Konvention 187 ff.
 – Baurecht 440 ff.
 – frühzeitige 438 ff.
 – Kritik 446 ff.
 – UVP-Verfahren 252 f., 261 ff.
 – ROG 262, 434 ff.
 Öffentliche Güter 105, 226 f.
 Ökologisierung des Unionsrechts 143, 154 f.
 ÖPNV 267, 285, 291
 Ost-West-Gefälle 309
 Ottawa-Charta zur Gesundheitsförderung 179 f.
- Pakt von Amsterdam 178 f.
 Paris-Abkommen 120
 Park, Robert E. 92 ff.
 Partizipatorische Parität 82 ff.
 Pläne für kurzfristige Maßnahmen 281 ff.
 Planerforderlichkeit 243, 328
 Planfeststellungsverfahren 320, 327 ff.
 Planung
 – Abwägungsvorgang 248 ff.
 – Begriff 305 f., 320 f.
 – Gemengelage 277 ff.
 Planungsleitlinien 245 f., 356
 Planungspflichten 341 ff., 383
 Planungsunterlagen
 – Ausgestaltung 447 ff.
 – Verfügbarkeit 449 ff.
 Planungsziele 245 ff.
 Prioritätsgrundsatz 275

- Private Initiativen zur Stadtentwicklung
398 ff., 405
- Prozeduralisierung 187 ff., 200, 426 ff.
- Public Health 26, 30, 148 f.
- Public Sanitation 8
- Quartier 100
- Quartiersmanagement
– Soziale Stadt 386 f., 411
– Stadtteilbüros 457 f.
- Querschnittsklausel, unionsrechtliche 144 f.
- Querulanten 38
- Race-vs.-Class-Debatte 13 ff., 24
- Rachel Carson 10
- Radbruch 49
- Raum, öffentlicher 98
- Raumordnung 305 ff., 320
- Rawls, John 64 ff.
- Recht auf angemessenen Wohnraum 129 ff.
- Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit 157 ff., 216 ff., 287
- Recht auf Stadt 95 ff., 138
- Rechtsbegriffe 207 ff.
- Rechtspositivismus 41 ff.
- Rechtsschutzmöglichkeiten 132, 189 ff.
- Recognition 38, 88
- Reine Rechtslehre 41 ff.
- Repräsentation 76, 195
- Ressortsübergreifende Kooperation 349, 371, 390, 393 ff.
- Right to Know Act 18
- Rio-Erklärung über Umwelt und Entwicklung 116 f.
- Risikogesellschaft 75, 94, 121 ff.
- Rotterdam Urban Acquis 183
- Rückbau 406
- Rücksichtnahmegebot 246 f., 274 ff., 338 ff.
- Sanierungspflichten 382 ff.
- Schuleingangsuntersuchung 260, 266
- Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen 210 ff., 248
- Schutzgut Mensch 255 ff.
- Schutzpflichten
– Grundrechte 219 ff., 235 f., 239, 336, 357 ff.
– Unionsrecht 156 ff.
- Völkerrecht 126
- Schutzwürdigkeit 220 f., 274 f., 296, 302, 339, 348, 361 ff.
- Segregation
– Begriff 7, 14 f., 27
– Entgegenwirken 335, 403 ff.
– Entstehung 78, 103 f., 300
- Selbstbindung der Verwaltung 227, 373
- Sen, Amartya 85, 215, 456
- Silent Spring 10
- Simmel, Georg 92 f., 95 f.
- Slums 134 ff.
- soft law 117 f., 133, 139, 141
- Sonderabgaben 399
- Sozialdaten 265
- Soziale Gerechtigkeit 63 f., 83 ff.
- Soziale Selektivität der Beteiligung 432 ff., 447
- Soziale Stadt 386 ff., 417 ff.
- Sozialepidemiologie 8 f., 25 f.
- Sozialplan 378 ff., 403 ff.
- Sozialstaat
– Gewährleistungsaufgabe 215, 218, 222, 230 f., 235 ff., 300, 335, 355, 397, 474
– Prinzip 213 ff.
- Sozialstrukturen 291, 358, 408
- Sozio-ökonomischer Status 6, 13 ff., 23 f., 27 ff., 78 f., 83, 225
- spatial turn 96
- Sphären der Gerechtigkeit 70 ff., 93 f., 107
- Sprachbarrieren 228, 447 ff.
- Staatszielbestimmungen
– Funktion 215, 236 ff., 248
– rechtliche Einordnung 210 f.
- Stadt-Land-Konflikte 309
- Städtebauliche Missstände 342, 374 ff., 385 ff.
- Stadtentwicklung
– Bauleitplanung 338 ff., 353 f.
– Europäische Union 168 ff.
– Mitgliedsstaaten 182 ff.
– Private Initiativen 398 ff.
– Völkerrecht 137 ff.
- Stadtsoziologie 95 ff., 103
- Stadtteilbüros 391 f., 457 f., 467
- Stadtteilmanagement siehe Quartiersmanagement
- Stadtumbaumaßnahmen 384 ff.

- Stockholm-Erklärung 21, 115, 187
 Straßenverkehrslärm 217 ff., 275 f., 292 ff.
 Strategische Umweltprüfung 250 ff., 323 f.
 Strukturpolitik, europäische 184 f., 386 f.
 Summationseffekte 220, 273, 299, 333 ff.
 SUP-Richtlinie 151, 193, 253
 Superfund Act 455
 Sustainable Development Goals 138
 Systemtheorie 43 ff.
- Technische Regelwerke 271
 Territoriale Agenda 173, 184
 Tragedy of Commons 106 ff.
 Transparenz v. Verwaltungsverfahren 261 ff.,
 423 ff., 448, 462 f.
 Trapp, Rainer W. 61 f.
 Trennungssatz 272 ff., 277 ff., 330,
 337, 464
 Tugendhat, Ernst 49 f.
- Umgehungsstraßen 342
 Umweltaktionsprogramme 162 ff.
 Umweltbegriff
 – Entwicklung 90 ff.
 – Environmental Justice-Bewegung 36 f.
 – im deutschen Recht 207 ff.
 Umweltfonds 170 f.
 Umweltgerechtigkeitskarte 31, 265 f., 453
 Umweltgrundrecht 211 f., 216, 219
 Umweltgüter
 – Definition 53 f., 57 f.
 – ungleiche Verteilung 225 ff., 346 f.
 – Verteilungsobjekte 65 f., 105 ff., 108 ff.,
 365 f.
 Umweltinformationen 159, 189 f., 423 ff.
 Umweltprüfungen 250 ff., 466 f.
 Umweltrassismus 34, 36 ff.
 Umweltstaat 211, 245
 Umweltverbände 193
 Umweltverträglichkeitsprüfung 151 f.,
 250 ff., 435 ff.
 Umweltvölkerrecht 114 ff.
 Umweltzonen 282 ff.
- Unbeplanter Innenbereich 338 ff., 346 ff.,
 415 f.
 Ungleichbehandlung 223 ff.
 Ungleichheit faktische 5 f., 26 f., 49 ff., 72 f.,
 229 ff.
 United-Church of Christ-Report 19, 37 f.
 Urban Political Ecology 97
 URBAN-Initiative 170
 Urbanisierung 7, 30 f., 98 f., 135, 166
 UVP-Richtlinie 150 f., 188 f., 192 f., 250
- Vancouver-Erklärung 134 f.
 Verdrängungsbewegungen 367 f.
 Verfahren
 – dienende Funktion 427 f.
 – Gerechtigkeit 76 ff., 426 ff.
 – Grundrechtsschutz 429 ff., 459 f.
 Verhältnismäßigkeit
 Verkehrswegplanung 251, 321 ff.
 Verteilungsgerechtigkeit
 – deutsche Rechtsordnung 313 f., 322 ff.,
 347, 359, 366
 – Herleitung 52 ff.
 – Umweltvölkerrecht 124 ff.
 – Verkehrswegplanung
 Verursacherprinzip, unionsrechtliches 151 ff.
 Vorbelastung mit Immissionen 259, 274 ff.
 Vorhabenträger 330, 437 f., 460 f.
 Vorsorgeprinzip, unionsrechtliches 151 ff.
- Walzer, Martin 70 ff., 107
 Warren County-Deponie 11
 Waste Justice 21
 Weltcharta für Natur 115, 188,
 white flight 14 f.
 Wirtschaftswachstum 57, 64, 114 f.
 Wohnumfeldqualität 359, 377, 401
- Zielbestimmungen der EU 144 ff.
 Zoning 15, 130
 Zugangschancen 51, 109
 Zukunft Städtgrün 417 ff.
 Zurechnung des Handelns Privater 218